

## Mach mit bei der SAV!

Die Sozialistische Alternative (SAV) organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Krieg und Angriffe auf Jugendliche und Erwerbslose. SAV-Mitglieder sind aktiv in Betrieben, Schulen oder der Uni.

Wir sind aktiv in der 2005 gegründeten WASG. Wir setzen uns für eine kämpferische Ausrichtung, einen demokratischen Aufbau und ein sozialistisches Programm der WASG ein.

In Berlin unterstützen wir daher den Antritt der WASG als konsequente Alternative zum Rot-Roten Kürzungssenat.

Wir treten für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende und Erwerbslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Unsere Alternative zu Armut, Ausbeutung und Unterdrückung heißt Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher

in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Fähigkeiten aller Menschen, die Wissenschaft und die Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

**Werde mit uns aktiv, komm auf unsere Treffen und unterstütze uns in unseren Kampagnen.**



Transparent in Duisburg am 11. Mai

- Ich möchte weitere Informationen über Euch
- Ich möchte die Solidarität - Sozialistische Zeitung abonnieren. **Kosten und Bedingungen für das Abo:** 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.
- Ich möchte ein Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung mit einer monatlichen Spende von \_\_\_\_ Euro (ab 3 Euro pro Mon.)
- Ich will Mitglied der SAV werden

**Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro/20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.**

.....  
Name

.....  
Straße

.....  
Postleitzahl      Ort

.....  
Telefon/Email

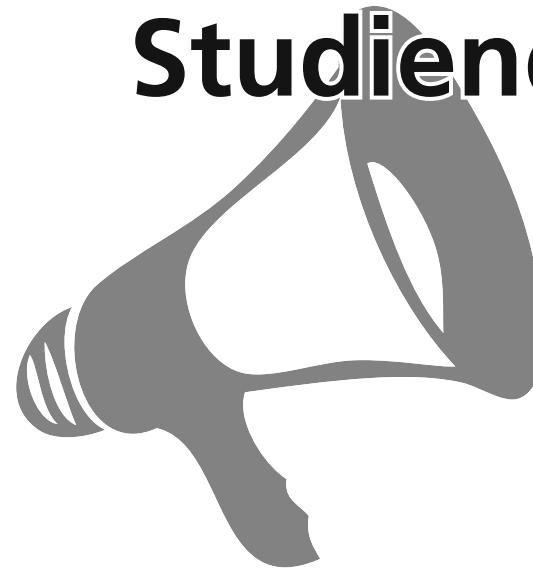
.....  
Name Kontoinhaberin      Kontonummer

.....  
Bank      Bankleitzahl

.....  
Datum      Unterschrift

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

# Studiengebühren stoppen!



## Kämpfen wie in Frankreich! Bildung für alle!



„Studiengebühren stoppen, aber wie?  
Erfahrungen aus vergangenen Studierenden-  
bewegungen und Frankreich.“

Di. 23. Mai, um 19<sup>00</sup> Uhr  
im Doppelraum des Schlachthofs Kassel  
(Mombachstr. 12)

# SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info • kassel@sav-online.de • 0176 / 249 425 06

**Eine neue Studierendenbewegung steht in den Startlöchern - In Marburg wird die Stadtautobahn besetzt, Frankfurter Studierende blockieren die Straßenbahnen und den Innenstadtverkehr. Auch in Fulda, Darmstadt und Kassel wird protestiert.**

### Kämpfen wie in Frankreich?

Viele Studierende nehmen sich den Widerstand in Frankreich zum Vorbild. Nach wochenlangen Protesten, Streiks und Unruhen wurde dort das unsoziale „CPE-Gesetz“ zur Abschaffung des Kündigungsschutzes gekippt. Den Anstoß für den Widerstand gaben die Studierenden, indem sie landesweit die Unis lahmlegten. Gewerkschaften, Sozial- und Arbeitsloseninitiativen schlossen sich dem an und mobilisierten an zwei Tagen mehrere Millionen zu Streikaktionen. Der Widerstand in Frankreich hat gezeigt, dass Beschäftigte, Jugendliche und Erwerbslose durch gemeinsame Aktionen eine Regierung in die Knie zwingen können.

Gleichzeitig planen CDU/FPD/GRÜNE/SPD in großer Koalition massive Angriffe, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und drastische Verschlechterungen im Gesundheitssystem. Für die großen Konzerne bedeuten diese „Reformen“ neue Rekordgewinne, während Jugendliche, Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen den Gürtel noch enger schnallen müssen.

Französische Verhältnisse würde bedeuten: Gemeinsamer Widerstand gegen all diese Angriffe. Wie in Frankreich können dafür entschlossene Proteste an Unis und Schulen den Anstoß geben.

### Gemeinsamer Widerstand!

Auch in Deutschland stehen Angriffe auf große Teile der Bevölkerung auf der Tagesordnung: Mit Studiengebühren wird Bildung zum Privileg für Reiche. Das ist ein Beispiel dafür, dass das gesamte Bildungssystem Schritt für Schritt nach den Profitinteressen von Konzernen ausgerichtet wird. Im Klartext heißt das: Elitebildung für wenige und Bildung auf Sparflamme für den Rest.



Am 27. April wurde das Rektorat der Kölner Universität aus Protest gegen Studiengebühren besetzt.

#### Die nächsten Schritte könnten sein:

- Aufbau von Aktionskomitees an Schulen und Unis
- Eine hessenweite Aktivenkonferenz zur Koordinierung gemeinsamer Proteste
- Zeitgleiche dezentrale Aktionen in den Uni-Städten wie: Demonstrationen, Blockade von zentralen Verkehrswegen, u.ä.
- Hessenweiter Streik- und Protesttag vor dem hessischen Landtag



Am 11. Mai demonstrierten 3.000 StudentInnen in Marburg gegen Studiengebühren. Es kam wiederholt zu spontanen Sitzblockaden.

Außerdem ist eine Mobilisierung zur bundesweiten Demo am 3. Juni in Berlin zum gemeinsamen Protest mit Beschäftigten, Erwerbslosen und RentnerInnen nötig. Damit können Gewerkschaften in die Pflicht genommen werden weitergehende Proteste und Streiks zu organisieren. So eine Bewegung hätte die Macht auch Studiengebühren zu kippen.

### Gegen jede Form von Studiengebühren!

Um erfolgreich zu kämpfen, muss man wissen wofür. Grundlage muss die konsequente Ablehnung von Studiengebühren

sein! Studiengebühren zu erheben ist die falsche Schlussfolgerung aus den miserablen Bedingungen an den Unis. Wenn Hörsäle und Seminarräume überfüllt sind, muss mehr Personal eingestellt und das Lehrangebot ausgeweitet werden. So kann der freie Zugang zu Bildung für alle garantiert werden.

Das umzusetzen widerspricht allerdings dem Interesse mit Bildung Geld zu machen und damit der herrschenden Politik.

### Für eine sozialistische Alternative

Die Proteste der 68er haben viele Fortschritte für die Studierenden erkämpft. Als sich die Möglichkeit dafür bot, wurden diese zurückgenommen. Das zeigt, dass einzelne Reformen im Kapitalismus nicht auf Dauer gesichert und von den Herrschenden zurückgenommen werden können. Die SAV tritt daher neben dem Kampf für einzelne Verbesserungen für eine sozialistische Gesellschaft ein. Das bedeutet, dass die Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Bereiche, wie z.B. Bildung nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen demokratisch geplant werden.



Am 10. Mai demonstrierten rund 3.000 StudentInnen in Frankfurt, Darmstadt und Gießen gegen Studiengebühren. Hier: Demonstration in Darmstadt.